

Deutschland.

Berlin, 29. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General der Infanterie a. D. v. Runowski, bisher General-Inspector der technischen Institute der Artillerie, des rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub, sowie dem Medicinalrath Dr. Krieger in Berlin den Charakter als Geheimer Medicinal-Rath verliehen; und den Gerichts-Magister Gabel in Pleschen zum Staatsanwalt in Pleschen ernannt.

Der königliche Landbaumeister Müller, technischer Hilfsarbeiter bei der königlichen Regierung zu Oppeln, ist in gleicher Eigenschaft zum königlichen Polizeipräsidenten nach Berlin versetzt worden. — Dem Oberlehrer Dr. Petermann am Gymnasium zu Wernigerode ist das Prädicat „Professor“ verliehen worden. — An der königlichen Realschule in Berlin ist der ordentliche Lehrer Dr. Ferdinand Voigt zum Oberlehrer befördert worden. — Bei dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Franzburg ist der Waisenhausvater Schirmer als Lehrer der Lehrscheule angestellt worden. — Der praktische Arzt Dr. Köppler in Schiebelbein ist zum Kreis-Physicus des Kreises Schiebelbein ernannt worden.

Berlin, 29. Juni. [Se. Majestät der König] nahmen heute früh um 1/10 Uhr den Vortrag des Civil-Cabinetts und um 12 Uhr den des Militär-Cabinetts entgegen. Dazwischen empfingen Se. Majestät den General-Major à la suite Grafen v. d. Goltz und den Finanz-Minister v. d. Heydt.

Mit dem 2-Uhr-Zuge begaben sich Se. Majestät nach Potsdam zur Beglückwünschung Sr. kgl. Hoheit des Prinzen Carl in Glienitz, wofür selbst auch das Diner eingenommen wurde.

Neues Palais, 29. Juni. [Se. königliche Hoheit der Kronprinz] reist heute Abend nach Paris zu der am 1. Juli stattfindenden Preisvertheilung und kehrt am 3. Juli früh zurück, um der Feier dieses Tages hier beizuwohnen. In der Begleitung befinden sich die beiden persönlichen Adjutanten.

[In Bezug auf die Zeitungsstempelsteuer] ist bis jetzt nichts weiter geschehen, als daß das Staatsministerium über die Frage einer Umwandlung derselben in eine Inseraten-Steuer in Beratung getreten und zu dem Entschlusse gekommen ist, diese Umwandlung auf dem Wege der Gesetzgebung vorzubereiten; bis zum Eintritt solcher Aenderung dürfte jedoch die gegenwärtig bestehende Zeitungs-Stempel-Steuer in den neuen Landestheilen in derselben Weise wie in den alten Provinzen zur Erhebung kommen. Dies aber kann bekanntlich auf dem Wege königlicher Verordnung eingeführt werden.

[Die Justizorganisation in den Elbherzogthümern.] Die Gesammmlung wird in allernächster Zeit die Verordnung wegen der neuen Justizorganisation in den Elbherzogthümern bringen. Dabei handelt es sich zuerst um die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, dann um Aufhebung der Privat- und Patrimonial-Gerichtsbarkeit, sowie des erimierten Gerichtsstandes und endlich um die Gerichtsverfassung. In Bezug auf die ersten beiden Punkte werden die in der preussischen Monarchie geltenden Grundsätze auch dort vollständig zur Geltung gebracht werden. Auch die Gerichtsverfassung wird im Wesentlichen genau nach dem Muster der in Preußen bestehenden eingerichtet werden, also mit Untergerichten und zwar theils collegialisch gestellten Kreisgerichten, theils mit Einzelrichtern; als zweite Instanz dann ein Appellationsgericht und als dritte Instanz ein oberster Gerichtshof, über dessen Einrichtung gleichzeitig eine besondere Verordnung ergehen wird. Diese oberste Instanz ist aber einstweilen noch nöthig, da eine Vereinigung derselben als oberste Instanz für die Herzogthümer mit dem Obertribunal für die anderen Provinzen ohne vorhergegangene Aenderung des bezüglichen preussischen Gesetzes für die Organisation des Ober-Tribunals nicht möglich war. Auch in Bezug auf die Staatsanwaltschaft und die Advocatur werden die preussischen Gesetze in Kraft treten, ebenso die Bestimmungen über die Qualifikation der Richter. Doch tritt in letzter Beziehung ein Novum ein, nämlich, daß nur zwei juristische Prüfungen stattfinden sollen; die erste befähigt überhaupt zum Eintritt in den Justizdienst und die zweite ist dann die große Staatsprüfung. Man hält es auch für wahrscheinlich, daß diese Anordnung nur zweier Examina demnach in der ganzen Monarchie zur Geltung kommen wird. Endlich ist über die Verwendung der bisherigen Richter an den schleswig-holsteinischen Gerichtshöfen, sowie der dortigen Privat- und Patrimonial-Richter Bestimmung getroffen.

[Eisenbahntarif für Salztransporte.] Bekanntlich soll nach § 45 der Verfassung des norddeutschen Bundes auch auf Erzielung der möglichsten Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Eisenbahn-Tarife innerhalb des Bundes hingewirkt werden. Da nun die Aufhebung des Salzmonopols beabsichtigt wird, so hat der Handelsminister es für wünschenswert erachtet, daß die auf den deutschen Eisenbahnen bestehenden Verschiedenheiten in der Tarification von Salz beseitigt und ein gleichmäßiger Frachtsatz eingeführt werde, und zwar ist nach den gemachten Erfahrungen für Sendungen von Waarenladungen von mindestens 100 Ctr. ein Satz von 1¹⁰⁰ Pf. pro Ctr. und Meile nebst 1 Thlr. pro 100 Ctr. Expeditionsgeldern als geeignet erachtet worden. Der Handelsminister hat nun durch ein Circular vom 28. Juni an die sämtlichen Directionen der Staatsbahnen und der unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen dieselben aufgefordert, bei der nächsten General-Versammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen schon einen Antrag einzubringen, daß auf sämtlichen zum Verbanne gehörenden Eisenbahnen sowohl im Local- als im Verbands-Verkehr dieser Satz für Salztransporte zur Einführung kommen möge, und zwar hat der Vorsitzende der Eisenbahn-Direction in Hannover, der Geh. Ober-Regierungs-Rath Maybach, den Antrag erhalten, diesen Antrag zu stellen, und außerdem sind die königlichen Eisenbahn-Directionen beauftragt worden, diesen Antrag zu unterstützen und wo möglich auf die Annahme desselben hinzuwirken.

[Vom Hofe.] Se. Majestät der König wird am 4. Juli nach Gmß gehen und dort bis Anfangs August die Cur gebrauchen, um sich dann nach Nagaz zu begeben und Anfangs September wieder hier einzutreffen. So wenigstens ist bis jetzt disponirt. — I. Maj. die Königin Augusta trifft am 18. Juli in Koblenz ein und wird dort bis zum Spätsommer, dann aber mit Sr. Maj. dem Könige in Babelsberg residiren. — Die kronprinzliche Familie geben im Bade Müddroy einen längeren Aufenthalt zu nehmen; das Gefolge, welches das kronprinzliche Paar dahin begleitet, besteht aus vierzig Personen.

[Der Kronprinz von Italien.] Es hat an hoher Stelle besonders befriedigt, daß bei der officiellen Feier des Tages von Königsgrätz der Verbündete Preußens, Italien, durch seinen Kronprinzen vertreten sein wird. Man bereitet demselben einen herzlichen Empfang. Der Kronprinz und seine militärischen Begleiter beabsichtigen eine genaue Kenntnissnahme der verschiednen militärischen Einrichtungen, für welche das regierende italienische Königs-Haus zu allen Zeiten ein besonderes Interesse an den Tag gelegt hat.

[Prinz und Prinzessin von Holstein.] Am 28. trafen der Prinz Christian von Holstein mit seiner Gemahlin, der Prinzessin Helene, der Schwester der Kronprinzessin, im neuen Palais in Potsdam ein und setzten noch an demselben Abend die Reise nach Primmkau fort. Bekanntlich ist die Prinzessin Helene die Lieblings-Tochter der Königin Victoria und nach der Mutter unter keiner Bedingung zu lassen, diese Tochter außerhalb Englands zu verheirathen.

[Der König von Sachsen] hat seinem ersten Grenadier-Regiment (Nr. 101) den Namen „König Wilhelm von Preußen“ beigelegt. Ein anderes sächsisches Regiment soll den Namen unseres Kronprinzen erhalten.

[Dem sächsischen Königreich] soll durch dessen Anschluß an den norddeutschen Bund jährlich eine Mehrausgabe von ca. 4 Millionen Thalern erwachsen.

[Graf v. d. Goltz.] Botschafter in Paris, sollte, wie man sagte, von seinem jetzigen Posten abberufen werden. Neuerem Vernehmen nach wäre seine Stellung aber jetzt wieder befestigt. Der Pariser Presse hat der Graf nicht die Beachtung geschenkt, die sie fordern konnte. Außer dem Botschafter hat Preußen noch einen Generalconsul und einen Consul in Paris.

[Die Lotterien.] Der Finanzminister soll sich dem Plane zur Erweiterung der Lotterie durchaus abgeneigt erklärt haben, weshalb vorerst Alles beim Alten bleibt, sowohl die preussische Klassen-Lotterie, als auch die Lotterien in Hannover, Osnabrück und Frankfurt a. M., obgleich es eigenthümlich ist, daß in einem Staatsgebiete vier verschiedene Lotterien bestehen.

[Der geschäftsleitende Ausschuss der national-liberalen Partei] (bestehend aus den Abgeordneten Ahmann, v. Hennig, Lasker, v. Reichenheim, Zwickel, v. Unruh und Dr. H. V. Oppenheim) hat ein Ausschreiben für die Wahlen erlassen, in welchem er die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hervorhebt und die Tactik der Partei anzeigt. — „Es ist nicht bloß für die nächste Legislaturperiode des Reichstags, sondern für die ganze Zukunft unserer politischen Entwicklung von entscheidender Wichtigkeit, daß die Anfänge des deutschen Verfassungslebens nicht ausschließlich in die Hände einer fortschrittsfeindlichen Reaction fallen.“ — Die Partei muß natürlich wünschen, daß recht viele Liberale gewählt werden, die ihrem Programm treu stehen. Den conservativen Candidaten muß deshalb durchweg ein liberaler Gegenübergestellt werden, gegen liberale Vertreter darf dies aber nur aus besonderen Gründen geschehen, namentlich wenn ein anderer Candidat unzweifelhaft bessere Aussicht hat, die Mehrheit zu gewinnen. — „Zweifelhaft der Ausfall, desto sorgfamer ist zu prüfen, wer die besten Aussichten hat, die liberalen Wähler zu einigen. In Ermangelung einer erwünschten Vertretung im ersten Reichstage dürfte es sich empfehlen, an jegliche oder frühere Abgeordnete des betreffenden Wahlkreises im Abgeordnetenhaus zu denken.“ — Toleranter — fügt die „Berl. Ref.“ hinzu — tann eine Partei gegen die ihr verwandten Fractionen nicht verfahren, und wenn, wie zu erwarten steht, die Fortschrittspartei auf diese Tactik eingeht, so wird für die Entscheidung der Wahlen keine solche widerwärtige Rivalität entstehen, wie sie bei der vorigen Wahl in Danzig gegen dieselben geübt wurde.

[Der Ausbau des Abgeordnetenhauses] schreitet jetzt wieder rüstig vorwärts, nachdem er eine Zeitlang ins Stocken gerathen war. Bei der Erweiterung des Gebäudes in den Garten hinein hat nämlich das Wasser bei dem Grundbau ganz außerordentliche Schwierigkeiten gemacht, das erst mit dem Aufwande von viel Zeit und Geld hat bewältigt werden können. Die auf 45,000 Thlr. ursprünglich für den Bau veranschlagten Kosten werden wahrscheinlich auf das Doppelte steigen, ehe der Bau fertig wird. Und das Alles für einen Rothbau, von dem Jeder von vornherein erklärt, daß er nur für ein paar Jahre ausreichen soll, bis das neue Parlamentshaus fertig ist. Wäre es da nicht besser gewesen, sich lieber sogleich zum Bau des neuen Hauses zu entschließen?

[In Folge einer Berufung des Ministers des Innern] ist der Landrath v. Stottnell aus Meßeritz hier eingetroffen. Dem Vernehmen nach wird er ein Commissorium in dem vormaligen Kurfürstenthum Hesse oder in Rassel selbst erhalten.

[Die Pariser Welt-Ausstellung] wird wahrscheinlich erst Ende Dezember d. J. geschlossen werden.

[Wieprecht.] Nicht den 18., sondern bereits den 16. reist Herr Wieprecht mit zwei Musikbären, 90 Musiker stark, zur internationalen Militär-Musik-Concurrenz nach Paris.

[Die Festungswerke von Spandau] sollen noch eine fernere Erweiterung erfahren. Dasselbe soll mit den daselbst befindlichen Etablissements der Central-Artillerie-Verstärkungen und zwar in dem Umfange geschehen, um dieser Anstalt selbst den Vorrang vor den gleichen englischen und französischen Etablissements zu sichern. Ebenso soll in dieser Festung eine bombensichere Kriegsbäckerei angelegt werden. Die neuen Befestigungs-Anlagen an der Weser- und Emshündung sollen möglichst beschleunigt, dagegen, wie die „B. Z.“ hört, die 1848 dort angelegten Befestigungen und namentlich das Fort William an der Weser geschleift werden. Ueberhaupt hat die geringe Bedeutung, welche die Festungen in dem vorjährigen Kriege nur bewährt haben, als Nachwirkung beinahe überall das Aufgeben einer großen Zahl befestigter Plätze zur Folge gehabt. So sind von Baiern Würzburg, Marienburg, Rosenburg und Oberhaus mit Einschluß von Passau als Festungen aufgegeben worden, und ist dies von Holland soeben für Mastricht, Bergen op Zoom, Brielingen, Venloo, sowie für die Forts Rammeleens, Bath und de Ruiter gleicherweise geschehen. Nicht minder verlaute, daß südwestwärts das Aufgeben der bisherigen Bundesfestung Landau eine beschlossene Sache sein soll. Dagegen wird preussischerseits bekanntlich beabsichtigt, Trier neu und in umfassenderem Maßstabe zu befestigen.

Neustrelitz, 29. Juni. [Publication der norddeutschen Verfassung.] Heute ist hier die Verfassung des norddeutschen Bundes publicirt worden. In dem Publicationspatente heißt es an der betreffenden Stelle: Rückichtlich des Zoll- und Handelswesens wird bestimmt, daß die zur Zeit hier bestehenden Gesetze bis auf Weiteres in Kraft bleiben.

Rostock, 26. Juni. [Judenpoll trotz Bundesverfassung.] Auf dem letzten außerordentlichen Landtage wurden durch den Vertreter Rostocks, Syndicus Meyer, die durch den Erbvertrag von 1788 der Stadt Rostock gewährleisteten Rechte feierlich verwahrt gegen etwaige Verletzungen, welche sie durch die Verfassung des norddeutschen Bundes erleiden möchten. Zu diesen gewährleisteten Rechten gehört auch, daß in Rostock keine Juden wohnen dürfen, und ferner auch, daß fremde Juden, die den Rostocker Pfingstmarkt beziehen, einen „Judenpoll“ zu erlegen haben. Dieser beträgt für die in den Häusern ausstehenden Israeliten 6 Thlr., für die in Buden ausstehenden 3 Thlr. Einer der in diesjährigen Pfingstmarkt zum „Judenpoll“ herangezogenen hatte sich, wie der „Hamb. Courier“ berichtet, veranlaßt gefühlt, im „Pfingstmarkt-Anzeiger“ vom 19. Juni zu inseriren: „Trotz Parlament und Bundesverfassung hat man hier in Rostock gestern einem Handelsmanne 6 Thlr. 38 Sch. Judenpoll abgefordert.“ Wegen dieser Anzeige waren gestern sowohl der Handelsmann als auch der Herausgeber des Blattes, Dr. Hinrichs, zur Verantwortung vor die Polizeibehörde gezogen.

Lüneburg, 28. Juni. [Zur Stimmung.] Gestern hat hier

unter Leitung des Stadt-Syndicus Lauenstein die Neuwahl für vier ausscheidende „Bürgervertreter“ (Stadtverordnete) stattgefunden. Sämmtliche Gewählte bekennen sich nach dem „Hann. Cour.“ zur nationalen Farbe. Namentlich weiß man, daß einer der Neugewählten, Herr Fabrikant Heyn, auch Vorsitzender der Handelskammer, zu den entschiedensten Freunden der Vereinigung Hannovers mit Preußen gehört. Dieses Resultat ist um so bemerkenswerther, als es hier um die Hauptstadt der Provinz Lüneburg sich handelt, welche bisher als Hauptstz der westlichen Sympathien sich hervorgethan hatte.

Mudolstadt, 28. Juni. [Fürst Günther.] Heute früh um 4 Uhr verschied der regierende Fürst Friedrich Günther. Er war am 6. November 1793 geboren, und regierte unter Vormundschaft seit dem 28. April 1807, selbstständig seit dem 6. Nov. 1814. (Weim. Z.)

Oesterreich.

Wien, 29. Juni. [Das Befinden der Kaiserin Charlotte.] Das „N. Fr.-Bl.“ schreibt: Aus einer Quelle, welche keinen Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zuläßt, kommt uns eine Nachricht über das Befinden der Kaiserin Charlotte zu, welche leider nicht geeignet ist, den vielen Herzen, welche dem Schicksale der schwergeprüften Monarchin ihre innige Theilnahme zuwenden, Trost zu gewähren, welche wir aber nicht zurückhalten zu dürfen glauben. An eine vollständige Heilung des zerrütteten Geisteszustandes der hohen Frau herrscht unter den Aerzten, welche sie fortwährend umgeben, wenig Glauben, und alle Bemühungen der Letzteren gehen nur dahin, jeden selbstthätigen Gewaltschritt unmöglich zu machen, denn die Exaltation ist bis zum höchsten Grade gesteigert. Die Kaiserin trägt sich mit dem Gedanken, daß ihr Gemahl nicht mehr am Leben sein könne, seitdem man ihr, in der Absicht, durch eine heftige Erschütterung auf ihr krankes Gemüth einwirken zu können, von seiner Gefangennahme unverhohlen Bericht erstattet hat. „Ich weiß es, er ist ermordet“ — erwidert sie auf jeden Trostgrund, jeden Versuch, noch einen Funken von Hoffnung anzufachen — „ich kenne die Natur seiner Gegner!“ Diese traurige Ueberzeugung hat eben jene Exaltation erzeugt. — Zugleich erfuhren wir aus derselben Quelle, daß bis gestern weder an die hiesigen maßgebenden Kreise noch nach Paris oder London irgend eine Nachricht über das Schicksal Maximilians eingelangt war, daß aber die aus Mexico zurückgekehrten österreichischen Officiere darin übereinstimmen, daß selbst Suarez, wenn er auch wollte, dennoch durch die wilden Banden, von denen er umgeben ist, gehindert sein würde, dem gefangenen Kaiser einen Weg zur Freiheit zu öffnen.

Wien, 30. Juni. [Herr von Beust Reichskanzler.] Die „Wien. Z.“ bringt folgende allerhöchste Handschreiben:

Lieber Herr v. Beust! Ich übertrage Ihnen auf Vorschlag Meines Reichskanzlers die Stellvertretung im Präsidium des Ministerrathes. Wien, den 27. Juni 1867.

Lieber Herr v. Komers! Ich entbehe Sie auf Ihre Bitte von der Stelle eines Justizministers und spreche Ihnen unter gleichzeitiger tarifreier Verleihung des Großkreuzes Meines Leopold-Ordens für Ihre mit treuer Hingebung geleisteten Dienste Meine volle Anerkennung aus. Wien, den 27. Juni 1867.

Lieber Herr v. Hye! Ich ernenne Sie zu Meinem Justizminister für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder. Jschl, den 28. Juni 1867.

Lieber Herr v. Hye! Ich übertrage Ihnen die interimistische Leitung des Ministeriums für Cultus und Unterricht. Jschl, den 28. Juni 1867.

Ferner: Lieber Herr v. Ruffebic! Indem ich den Feldzeugmeister Joseph Freiherrn v. Seebach auf seine Bitte von der Stelle als Banus, Obersten-Capitän, Gouverneur in Croatien und Slavonien, commandirender General in Agram, Gouverneur von Fiume und Oberpräsident der Banatsfel in Agram unter gleichzeitiger Verleihung in den Dispositionenstand in Gnaden entbehe, verleihe ich demselben in Anerkennung seiner treuen Dienstleistung das Großkreuz Meines Leopold-Ordens mit Rücksicht der Taten. Wien, am 27. Juni 1867.

Außerdem wird die Würde eines Banal-Documenten dem Levin Frhn. v. Rauch verliehen.

Breslau, 30. Juni. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Friedrich Wilhelmstraße 71 aus einer Wohnung eine goldene Broche und ein Paar goldene Boutons-Ohringe; Große Dreilindengasse 22 eine Cylinderuhr mit Datumzeiger.

Verloren wurde: 1 Centobuch mit der Aufschrift „Frankel“ und innerhalb mit dem Namen „George Krebs“ versehen.

Gefunden wurde: 1 Kriegsdenkmähe pro 1813. (Frd.-Bl.)

Regnitz, 29. Juni. [Das Fest des Königs-Grenadier-Regiments] schloß gestern mit einem großen Feuerwerk, welches das Regiment vom Theater-Feuerwerker in Regnitz ausführen ließ. Den Schluß desselben bildete der Namenszug des Königs in Brillant-Feuer, wobei eine Abtheilung Soldaten mit Gewehr, beleuchtet von einem Vila-Feuer, im Hintergrund hervortrat und die Musikkapelle die Nationalhymne spielte.

Die Gnadenbewerfe, welche dem Regimente von Sr. Majestät zu Theil geworden, sind folgende:

1) Ordensverleihungen. Das Ritterkreuz des königl. Hausordens von Hohenzollern erhielt Herr Oberst v. Voigts-Rhege und Herr Oberst-Leutnant Quedenfeldt; den rothen Adler-Orden 4. Klasse: Herr Hauptmann und Compagnie-Chef v. Beyer und Herr Seconde-Leutnant v. Maltis; ferner 12 allgemeine Ehrenzeichen für die Mannschaften.

2) Beförderungen. Der Hauptmann und Compagnie-Chef v. Necker wird unter Beförderung zum Major dem Regiment aggregirt; der Premier-Leutnant Franzzi wird zum Hauptmann und Compagnie-Chef befördert; der Seconde-Leutnant v. Colomb zum Premier-Leutnant; die Unteroffiziere v. Jagwitz und v. Voigts-Rhege werden zu Portepes-Fähnrichen ernannt.

3) Eine allerhöchste Cabinetsordre, welche dem Regiment am Morgen des 28ten zugeing und vor der Parade dem Regiment vorgelesen wurde. Sie lautet:

